

A n t r a g

auf Erteilung einer

- Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 Gaststättengesetz
 - Stellvertretungserlaubnis nach § 9 Gaststättengesetz
-

- befristet bis:
 - unbefristet
-

zum Betrieb

- einer Schankwirtschaft
- einer Speisewirtschaft
- eines Beherbergungsbetriebes
- Gleichzeitig wird eine vorläufige Erlaubnis nach § 11 Gaststättengesetz beantragt.

Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten im gaststättenrechtlichen Konzessions-verfahren nach § 10 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz

Rechtsgrundlage und Zweck der Datenerhebung

Wer ein Gaststättengewerbe im Sinne des Gaststättengesetzes (GastG) betreiben will, bedarf einer Erlaubnis nach § 2 Abs. 1, § 9, § 11 oder § 12 Abs. 1 GastG. Die mit dem Antragsvordruck erhobenen Daten dienen ausschließlich der Feststellung der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers, der Antragsberechtigung, der Beurteilung der Eignung der für den Betrieb vorgesehenen Räume sowie der Überwachung der Gewerbeausübung. Die personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 31 des Gaststättengesetzes erhoben und verarbeitet.

Weiterverarbeitung der Daten im gaststättenrechtlichen Verfahren:

Antragstellerinnen oder Antragsteller haben grundsätzlich selbst die für das Antragsverfahren erforderlichen Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen beizubringen. Folgende Behörden werden von der Erlaubnisbehörde beteiligt:

a) die örtlich zuständigen Ordnungsbehörden des jetzigen und ggf. des früheren Wohn- und/oder Betriebs-sitzes,

b) die für den Betriebsort zuständige untere Bauaufsichtsbehörde, ggf. die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde (bei vorgesehener Beschäftigung von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern) sowie die Lebensmittel-aufsichtsbehörde (im Falle einer Schank- oder Speisewirtschaft).

Ist die Beteiligung weiterer Stellen für das Antragsverfahren erforderlich, so wird die Antragstellerin oder der Antragsteller darüber unterrichtet.

Nach Abschluss des Verfahrens werden folgende Behörden über die Erteilung der Erlaubnis unterrichtet: Örtliche Ordnungsbehörde durch Zweitschrift des Erlaubnisbescheides mit Anlagen. Untere Bauaufsichts-behörde, die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde, Lebensmittelüberwachungsbehörde und - bei aus-ländischen Antragstellerinnen oder Antragstellern - die Ausländerbehörde durch formlose Mitteilung ohne Anlagen, soweit diese Behörden im Antragsverfahren beteiligt worden sind. Dem zuständigen Finanzamt wird lediglich von befristeten Erlaubnissen eine entsprechende Zweitschrift ohne Anlagen übersandt. Auf die Einhaltung der steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten in diesen Fällen wird hiermit hingewie-sen (Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993 - BGBl. I S. 1554).

1. Personalien der/des Antragsteller/in bzw. der Vertreterin oder des Vertreters der juristischen Person oder des nichtrechtsfähigen Vereins und bei einer Stellvertretungserlaubnis, Personalien der Stellvertreterin oder des Stellvertreters (Bei mehreren Antragstellerinnen oder Antragstellern bzw. Vertretungsberechtigten sowie bei der Stellvertretungserlaubnis ist Nummer 1 dieses Antrages für jede Person auszufüllen)

Familienname und ggf. Geburtsname: _____

Vornamen: _____

Geburtstag/-ort: _____

Staatsangehörigkeit:

Wohnsitz:

früherer

Wohnsitz:

(nicht länger als 3 Jahre zurückliegend)

Telefonnummer:

Bei Antragstellung für juristische Personen/ Gesellschaften/ nichtrechtsfähige Vereine:

Firma/Vereinsname:

Betriebssitz:

eingetragen im Handelsregister/Genossenschaftsregister beim Amtsgericht

in _____ unter der Nummer

(Auszug aus dem Register beifügen)

Ausübung des Gaststättengewerbes als Inhaber/in eines Einzelunternehmens bzw. als Vertretungsberechtigte/r einer juristischen Person/Gesellschaft/eines nichtrechtsfähigen Vereins <u>in den letzten 3 Jahren</u>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Firma/Vereinsname: Betriebssitz:	
Antrag auf Erteilung eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei einer Behörde ist gestellt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Bei ausländischen Antragstellerinnen/Antragstellern: Führungszeugnis/Leumundszeugnis oder Auszug aus der amtlichen Strafliste (Strafregister) des Heimatstaates ist beantragt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Antrag auf Erteilung einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister ist gestellt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Ist ein Strafverfahren anhängig?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Ist ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen in Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit anhängig?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung anhängig?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

2. Angaben zum Betrieb

Neuerrichtung des Betriebes

Übernahme eines laufenden Betriebes

Betriebssitz: _____

(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, ggf. Etage, Nebengebäude, Standort usw.)

Beschäftigung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter ist vorgesehen Ja Nein

Vorgesehene besondere Betriebsart: _____

Besonderheiten für einzelne Räume oder Betriebsteile: _____

Einschränkungen für das Verabreichen von Getränken und/oder zubereiteten

Speisen: _____

Abweichungen von der gesetzlichen Sperrzeitregelung: _____

Befristung der Erlaubnis: _____

3. Anzahl und Lage der Betriebsräume (bei Platzmangel die geforderten Angaben bitte auf einem Extrablatt als Anlage dem Antrag beifügen)

Zweckbestimmung	Anzahl	Raum Nr.	Lage/Etage	Grundfläche m ²	Deckenhöhe in m	
Schank- und Speisräume						
Beherbergungsräume						
Betten insgesamt:						
Küchenräume						
Kochküche						
Lebensmittellager						
Kühlräume						
Sonstige Betriebsräume						
Toilettenanlagen				Sitzbecken		Urinale
				Damen	Herren	lfd. m
Gästetoiletten						
Beschäftigungstoiletten						

Anlagen:

- Lageplan Maßstab 1:500 (5-fach)
- Grundriss Maßstab 1:100 (5-fach)
- Schnittzeichnungen Maßstab 1:100 (5-fach)
- Ansichten (5-fach)
- Bescheinigung in Steuersachen (Finanzamt)
- Unterrichtsnachweis nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 Gaststättengesetz von der IHK
- Bescheinigung des Gesundheitsamtes nach § 43 Abs. 1 Nr. 1 Infektionsschutzgesetz
(ehem. Gesundheitszeugnis)
- ggf. Miet- bzw. Pachtvertrag
- ggf. Handels-/Genossenschafts-/ Vereinsregister
- _____

Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Mir/Uns ist bekannt, dass bewusst falsch gemachte Angaben zur Versagung der beantragten Erlaubnis oder zum Widerruf der bereits erteilten Erlaubnis führen können. Die Hinweise über die Verarbeitung personenbezogener Daten habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift